

ANZEIGE

Heinrich Böll Stiftung * Bremen

King Cotton
Eine Globalgeschichte des Kapitalismus
Vortrag und Diskussion: **Sven Beckert**
am 8.12.16 um 19:00
im noon am Goetheplatz (Foyer Kleines Haus)
THEATERBREMEN

HEUTE IN BREMEN

„Verbot hilft nicht“

KINDEREHE Das Nordwestradio diskutiert, ob Ehen mit Minderjährigen verboten werden sollen

taz: Frau Görgü-Philipp, sind Kinderhehen gleich Zwangsehen?
Sahhanim Görgü-Philipp: Ehen mit mindestens einer minderjährigen Person sind nicht pauschal Zwangsehen. Das wäre in Deutschland ja auch verboten. Vereinzelt kommt das aber vor. Leben nur Mädchen in Kinderhehen?

Nein, auch Jungen. Meine Schätzung ist aber, dass etwa 80 Prozent der Minderjährigen in einer sogenannten Kinderhehe weiblich sind.

Viele Medienberichte lesen sich so, als seien nur Geflüchtete von Kinderhehen betroffen. Ist das so?

Kinderhehen kommen überall vor, auch in Industrieländern.

Wie stehen Sie zur Kinderhehe? Wir als Partei, aber auch ich persönlich, lehnen Kinderhehen ab. Ein pauschales Verbot wäre aber nur eine Scheinlösung. Wir wollen stattdessen über Ausnahmen im Einzelfall entscheiden.

Warum? Nur so kann das Persönlichkeitsrecht gewährleistet und gleichzeitig sichergestellt werden, dass das Kindeswohl an erster Stelle steht. Wichtig ist auch, dass die Ehe freiwillig geschlossen wurde.

Die Entscheidungskriterien von Jugendamt und Familiengericht müssen das sicherstellen.

Was halten Sie davon, im Ausland geschlossene Ehen in Deutschland aufzulösen?

Das würde auch seit vielen Jahrzehnten Verheiratete betreffen, die als Minderjährige die Ehe geschlossen haben. Was schlagen Sie vor? Wir müssen Beratungsstellen und andere Hilfsangebote fördern, die Betroffene über eigene Rechte aufklären.

INTERVIEW: LUKAS THÖLE

■ 18 Uhr, Bremische Bürgerschaft

Sahhanim Görgü-Philipp

■ 45, Sozialpädagogin und Grünen-Abgeordnete in der Bremischen Bürgerschaft.



„Die Rente kaputtgeredet“

VORSORGE Die Bremer SPD will die Rente zum Wahlkampfthema machen. Dazu hat sie ein eigenes Rahmenkonzept entwickelt, das ein deutlich höheres Rentenniveau vorsieht

VON GARETH JOSWIG

Die SPD Bremen fordert langfristig ein Rentenniveau von über 50 Prozent. In einem neuen Rentenkonzept hat sie die Riester-Rente kritisiert, deren staatliche Zuschüsse zugunsten einer Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung gestrichen werden sollen. „Der Entwurf ist ein Impuls für die bundespolitische Debatte“, sagt Karl Bronke, SPD-Landesvorstandsmitglied. Er stellte die rentenpolitischen Forderungen zusammen mit Sarah Ryglewski vor, die für die SPD Bremen im Bundestag sitzt.

Erst vor knapp zwei Wochen hatte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) ein deutlich kritisiertes Rentenkonzept vorgelegt, das ein Niveau von lediglich 46 Prozent des Bruttoeinkommens vorsah. Vor allem dem linken Flügel der SPD ging Nahles 58-seitiges Konzept nicht weit genug.

In die gleiche Stoßrichtung gehen die Forderungen der SPD Bremen: Sie will das Rentenniveau „auf deutlich über 50 Prozent des Bruttoeinkommens“ stabilisieren, die von Rot-Grün eingeführte Riester-Rente auslaufen lassen und bisher unberücksichtigte Berufsgruppen in die Versicherung einbeziehen: Langfristig soll die gesetzliche Rentenversicherung eine „Erwerbstätigenversicherung für alle“ werden – auch Selbstständige, BeamtInnen, Richterinnen und Abgeordnete sollen einzahlen.

Laut Rentenversicherungsbericht 2015 könnte die Standardrente 2030 bei nur noch 44,3 Prozent des durchschnittlichen Bruttoeinkommens liegen. Deswegen sprach sich Ry-



Rentner aus Sicht der Bremer SPD: Oldie but Goldie mit 50 Prozent Rentenniveau Foto: Stephan Scheuer/dpa

glewski für die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung aus: „Wir haben sie seit Jahren kaputtgeredet. Dabei ist sie krisenfest und das Beste, was wir haben“, sagt die 33-jährige. Sowohl Riester-Rente als auch betriebliche Vorsorge haben laut SPD Bremen enttäuscht: Bei beiden waren die Kostenbelastungen zu hoch, ebenso die Risiken der Kapitalanlagen. Dazu hätten nur wenig Förderberechtigte einen Riester-Vertrag abgeschlossen.

Man könnte nun fragen: Wen interessiert im Bund eigentlich, was die SPD Bremen macht? Sarah Ryglewski sagt: „Wir diskutieren nicht im luftleeren Raum.“ Als Bundestagsmitglied engagiert sie sich in der parlamentarischen Linken, dem mit 90 Mitgliedern stärksten Flügel innerhalb der SPD-Fraktion des Bundestages. Tatsächlich soll

das Konzept zunächst vom Landesvorstand im März beschlossen werden, zu dem auch die Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) kommen soll. Im Mai soll, wenn möglich, der Bundesparteitag das Konzept annehmen.

„Die gesetzliche Rentenversicherung ist krisenfest und das Beste, was wir haben“

SARAH RYGLEWSKI, SPD BREMEN

Auch andere Landesverbände haben Nahles Konzept bereits in Teilen kritisiert und erweitert.

Aus Sicht von Ryglewski gehört das Thema dringend in den bevorstehenden Bundestagswahlkampf 2017. Wenn die Rentenversicherung wei-

ter in Richtung Grundsicherung falle, entstehe „ein Legitimitäts- und Akzeptanzproblem“ in der Bevölkerung. Man müsse die Dringlichkeit des Themas vermitteln und fragen: „Was ist euch eure Rente wert?“, so Ryglewski. Die Beantwortung könne man den WählerInnen überlassen. Schon mit einem leicht erhöhten Rentenbeitrag um etwa 30 Euro ließe sich viel bewirken.

Darüber hinaus sieht der Entwurf höhere Steuerzuschüsse zur Anhebung des Rentenniveaus vor. Ebenso hinterfragt die SPD Bremen, was eigentlich sonst noch alles aus der Rentenversicherung gezahlt werde. Es sei etwa zu überlegen, ob die Angleichung des Rentenniveaus in Ostdeutschland nicht aus Steuermitteln gezahlt werden könne und nicht aus Rentenversicherungsbeiträgen.

ANZEIGE

MUSIKTHEATER
WERTHER
von Jules Massenet
Sa 10. Dezember (zum letzten Mal!) im Theater am Goetheplatz
THEATERBREMEN

Die Belastungsstraße

VERKEHR Die im Bundesverkehrswegeplan priorisierte Entlastungsstraße B6N nützt vor allem Niedersachsen. Eine Bürgerinitiative will klagen

„Die Vernunft hatte keine Chance“ – mit diesen Worten kommentiert die Bürgerinitiative für eine menschengerechte Autobahn A 281 den vom Bundestag beschlossenen Bundesverkehrswegeplan. Konkret geht es um die vom Bundesverkehrsministerium als „vordringlicher Bedarf“ eingestufte Entlastungsstraße B6N zwischen Flughafen und der Kattenturmer Siedlung Wolfskuhle. Der Bremer Verkehrsminister Joachim Lohse (Grüne) hatte sich zuvor gegen die Priorisierung ausgesprochen und vorgeschlagen, das Geld für den Ausbau der A 1 zu verwenden.

Über den Verkehrswegeplan entscheide „am Ende der Bundestag“, hatte das Ministerium im August auf Nachfrage der taz mitgeteilt. Dort hat Bremen aber offenbar keine Chance gesehen, die Prioritätlisten noch zu verändern, sodass der Entwurf nun unverändert beschlossen wurde.

Interesse an der Entlastungs-

straße hat vor allem Brinkum, das dort weitere Gewerbegebiete entwickeln will. So wundert es in Bremen niemanden, dass der niedersächsische CDU-Politiker Enak Ferlemann, der parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium ist, sich für den vordringlichen Bedarf der B6N ein-

„Es droht jahrelanges Verkehrschaos“

BÜRGERINITIATIVE FÜR EINE MENSCHENGERECHTE AUTOBAHN A 281

setzt. Unterstützt wird er vom Bremer CDU-Vorsitzenden Thomas Röwekamp, der in dieser Sache niedersächsische Interessen vertritt.

Für die Bürgerinitiative ist es besonders ärgerlich, dass im Bauabschnitt 2/2 die Unterführung an der Neuenländer Straße abgerissen und neu gebaut werden soll – dort drohe „ein jahrelanges Baustellen- und Ver-

kehrschaos“, so die BI. Das könne abgemildert werden, wenn vorher die Entlastungsstraße gebaut würde.

Gegen den anstehenden Planfeststellungsbeschluss für diesen Bauabschnitt will die Bürgerinitiative klagen. Wenn beide Bauprojekte im „vordringlichen Bedarf“ eingestuft seien, müssten sie auch zusammen geplant werden, erklärt ihr Anwalt Andreas Reich. Und dass es vernünftig ist, die B6N zu bauen, bevor die Unterführung gesperrt wird, liegt auf der Hand.

So könnte das Bundesverwaltungsgericht, das schon die Planungen für den „Monsterknoten“ der A 281 gestoppt hat, auch in einem neuen Verfahren die Planungen verhindern, die eine unverhältnismäßige Belastung für die Anwohner bedeuten würden. Darauf hofft jedenfalls die BI. Für sie stellt sich außerdem die Frage, ob der Bauabschnitt 2/2 nach Fertigstellung der Entlastungsstraße überhaupt noch erforderlich sei. **KAWKE**

Vorerst kein Kahlschlag

NATUR Hoffnung für Bäume in Findorff

Der Baumbestand an der Kastanienstraße soll nicht ohne Einzelbaumbegutachtung gerodet werden. Das hat Umweltsenator Joachim Lohse (Grüne) jetzt angeordnet. Ursprünglich sollten sämtliche dort am Bahndamm stehenden Bäume gefällt werden (taz berichtet).

Laut Umweltschutzverband BUND habe der Protest von AnwohnerInnen und Beirat zur Neubeurteilung geführt. Nun wird ein unabhängiger Baumgutachter eingeschaltet. Noch in der vergangenen Woche hatte der Sprecher des Umweltsenators gesagt, die fällige sei „nicht zu umgehen“.

Die Begutachtung werde zwar nicht alle Bäume retten, sagt Martin Rode vom BUND Bremen, aber jeder erhaltene Baum zähle: Nachgepflanzte Bäume benötigten Jahrzehnte, um groß zu werden und sorgen für Lücken im Kleinklima und im Artenschutz. (taz)